

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow
März 2025

Datum: 01.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: Jörn Pasternack

Sprechstunde mit Jörn Pasternack

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Am Dienstag, 11. März, findet ab 19 Uhr eine gemeinsame Bürgersprechstunde mit dem Pankower Abgeordneten Johannes Kraft und Jörn Pasternack (CDU), Stadtrat für Schule, Sport und Facility Management, im CDU-Kiezbüro in der Berliner Straße 5, 13127 Berlin statt. Alle Bürger sind eingeladen, mit Anliegen, Fragen und Ideen vorbeizukommen. Anmeldung unter post@johannes-kraft.de wird erbeten. **my**

Datum: 01.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: CDU-Fraktion Pankow

Tempo-30-Zone vor Grundschule

ROSENTHAL. Die CDU-Fraktion Pankow will für mehr Sicherheit vor der Grundschule sorgen. Dazu fordert sie das Bezirksamt in einem Antrag der Fraktionsvorsitzenden Denise Bittner auf, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz dafür einzusetzen, die Tempo-30-Zone vor der Schule auszuweiten. Der Antrag geht zurück auf eine Initiative des zuständigen Wahlkreisabgeordneten Lars Bocian (CDU). Die Grundschule Rosenthal liegt an der viel befahrenen Kastanienallee. Zwar ist im Bereich der Schule bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h angeordnet, doch wird diese erst unmittelbar vor dem Zebrastrifen auf Höhe des Schuleingangs wirksam. „Um hier für mehr Sicherheit auf dem Schulweg zu sorgen, muss die Tempo-30-Zone in beide Fahrrichtungen um jeweils mindestens 50 Meter verlängert werden“, erklärt Denise Bittner den Antrag. „Eine Ausweitung der Tempo-30-Zone würde also besonders dem Schutz der Jüngsten dienen“, ergänzt Lars Bocian. **my**

Datum: 01.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: my Thema: Jörn Pasternack

Neues Flüchtlingsheim, gleiche Infrastruktur

BLANKENBURG: Vor dem Bauvorhaben mit 8000 Wohnungen in Pankow soll daneben ein Containerdorf eröffnen

von Thomas Schubert

Als gleich neben dem Baugrund des größten Zukunftsquartiers im Berliner Osten zur Corona-Zeit ein Restelager für ausrangierte Container entstand, war hier von einer Wohnnutzung noch keine Rede. Doch nun sieht der Senat keine andere Option mehr: Im Blankenburger Süden soll bis Ende dieses Jahres im Bereich der Ackerflächen am Blankenburger Pflasterweg 101 eine Flüchtlingsunterkunft mit 500 Plätzen entstehen.

Es handelt sich um den frühesten Standort einer Volkspolizei-Kaserne der DDR. Und genau wie im Fall der Elisabeth-Aue im benachbarten Französisch Buchholz funktioniert die Neueröffnung am Baugrund des Riesen-Quartiers mit bis zu 8000 Wohnungen nach dem gleichen Schema: Erst das neue Containerdorf für Geflüchtete, dann eine reguläre Bebauung für Tausende Bewohner – in der auch Menschen mit Fluchtgeschichte ein dauerhaftes Zuhause finden sollen. Diesen Fahrplan hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits für das Quartier Elisabeth-Aue mit



Die Unterkunft in Pankow soll bis zum Ende dieses Jahres fertiggestellt werden. Foto: Thomas Schubert/Berliner Morgenpost

maximal 5000 Wohnungen bestätigt.

Doch reicht die soziale Infrastruktur in Pankow aus, um in der bislang dörflich geprägten Nachbarschaft eine neue Flüchtlingsunterkunft vorab in Betrieb zu nehmen? Kann man Container auf die grüne Wiese setzen und trotzdem alle Bewohner mit Schulplätzen versorgen? Daran melden Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) und seine Abteilung Zweifel an. Tatsächlich liegen

bereits genaue Prognosen zum Versorgungsbedarf auf Pasternacks Tisch. Das Bezirksamt rechnet im Fall des Containerdorfs Blankenburger Pflasterweg mit 54 Grundschulkindern und 32 Jugendlichen im Oberschulalter. Die Grundschule Unter den Bäumen liege zwar im Einschulungsbereich der Unterkunft und verfüge aktuell noch über freie Kapazitäten, heißt es auf Anfrage der Grünen-Politikerin Katharina Koufen. Dennoch äußert sich der Stadtrat skeptisch.

„Ob alle Kinder im Grundschulalter versorgt werden können, ist derzeit noch nicht gesichert“, lautet die Einschätzung.

Noch problematischer: die Lage bei den Oberschulplätzen, für die in Berlin ein Anreiseweg von maximal einer Stunde Fahrzeit pro Strecke möglich ist. „Auch hier ist nicht gesichert, ob alle Kinder im Oberschulalter beschult werden können“, warnt Pasternack. Da die Plätze an Will-

kommensklassen im Bezirk, der bereits mehr als 6000 Geflüchtete unterbringt, ausgeschöpft sind, brachten Bezirkspolitiker schon mehrfach auch recht ungewöhnliche Lösungen ins Spiel: vom Unterricht direkt in den Unterkünften bis hin zum Shuttleservice für Schüler in andere, weniger stark belastete Bezirke der Stadt. Egal welche Lösung greift: Der Bezirk muss jetzt eine weitere Unterkunft in den Blick nehmen, die er in Sachen Schule zu versorgen hat.

Datum: 01.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart
	Thema: Jörn Pasternack

Die Strafe, die nie kommt

PANKOW: Auf Spielplätzen herrscht Rauch- und Trinkverbot, aber die Ahndung scheitert

von Thomas Schubert

Zigarettenkippen und Glascherben auf Spielplätzen – das sind stumme Boten eines Regelbruchs, der sich fast täglich ereignet. Aber die strikte Verfolgung, sie fällt allzu oft schlicht aus.

Theoretisch wäre das Bezirksamt Pankow in der Lage, Verstöße gegen ein allgemein geregeltes Rauch- und Trinkverbot am Sandkasten mit Höchststrafen von bis zu 5000 Euro zu ahnden. In der Praxis bleibt es aber bei Ermahnungen. Wenn es denn überhaupt gelingt, die ungebetenen Spielplatzbesucher zu stellen. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion an Pankows Ordnungsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) hervor. Ein Grund für die lasche Verfolgung des Delikts: Zerstörte, unkenntlich gemachte Verbotsschilder machen es Regelbrechern leicht, in Widerspruch zu gehen.

Als Hemmnis erweist sich in den Bezirken außerdem die hohe Auslastung des Personals bei Ordnungs- und Grünflächenämtern. Einerseits ist die Sache klar: Laut Berliner Grünanlagengesetz ist der Konsum von Alkohol und Tabak auf Spielplätzen zwar verboten, weil dies der Zweckbestimmung widerspricht. Dennoch gibt es in Pankow zum Beispiel kein gesondertes Verbot. Da das allgemeine Gesetz bereits ausreichend Grundlage für Sanktionen bietet, wie das Bezirksamt selbst argumentiert. Eine tatsächliche Bestrafung von Regelbrüchen



Alkohol auf dem Spielplatz, Rauchen am Sandkasten – das Beispiel des Bezirks Pankow zeigt, wie schwer es fällt, Verbote durchzusetzen. Foto: Maurittio Gambarini/FUNKE Foto Services

bleibt jedoch im Alltag schwierig. Nicht nur der Vandalismus an Schildern bereitet Probleme. Auch die Kontrolldichte bleibt aufgrund fehlenden Personals begrenzt. Je nachdem, wie stark Bezirke aufgestellt sind, sind die Ergebnisse der Durchsetzung des Grünanlagengesetzes recht unterschiedlich. Während andere Bezirke, wie beispielsweise Spandau oder Mitte, von einer weitgehenden Einhaltung berichten, sehen Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln größere Probleme bei der Durchsetzung.

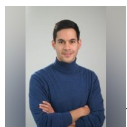
Der Bezirk Pankow, der als kinderreichster ständig mit Sandkasten-Rauchern und Trinkgelagen auf Spielplätzen zu kämpfen hat, setzt auf eine schrittweise Erneuerung der Beschilderung mit klar verständlichen Piktogrammen. So lautet jedenfalls die neue Ansage. Dennoch bleibt die Frage offen, ob ein strikter definiertes Verbot sinnvoll wäre oder die allgemeinen Regelungen des Grünflächengesetzes ausreichen, um Kinder vor den Gefahren durch Alkohol und Tabak zu schützen. Dass der offene Konsum pädago-

gisch schädlich ist, stellt Pankows Bürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne) in der AfD-Anfrage unmissverständlich heraus. „Alkohol ist ein Nervengift mit enthemmender Wirkung. Folgen dieser Enthemmung können ein unsachgemäßer Umgang mit den leeren Behältnissen sein, die dann zu Scherben oder sonstigem Müll auf dem Spielplatz führen, an denen Kinder sich dann leicht verletzen können“, so Koch. „Aber auch das Verhalten von alkoholisierten Erwachsenen wirkt auf Kinder und Jugendliche oft beängstigend.“

Datum: 06.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

Berlins große Wohnungsnot: Garten-Paradiесе rücken in den Blick

06.03.2025, 18:00 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Berlin fehlt viel Wohnraum. Könnten die Erholungsanlagen mit Wochenendhäusern dem Mangel entgegenwirken?© Berlin | IMAGO stock

Berlin. Morgenpost exklusiv: Berlin ächzt unter Wohnungsnot, der Neubau lahmt. Ein Vorstoß aus Pankow bringt ein besonderes Wohnrecht ins Spiel.

Wie kann man also weiteren Wohnraum schaffen, indem man um die Ecke denkt? Das fragt sich der Abgeordnete **Lars Bocian** aus [Pankow](#). Der CDU-Politiker möchte in einer Schriftlichen Anfrage an den Senat wissen, ob eine Umwidmung von **Erholungsanlagen** und -grundstücken zur Wohnnutzung denkbar ist.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408490794/berlins-grosse-wohnungsnot-garten-paradiese-ruecken-in-den-blick.html>

Datum: 07.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

Garten-Paradiese als Dauer-Heimat: „Das ist oft der Wunsch“

07.03.2025, 14:15 Uhr • Lesezeit: 2 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Garten-Paradiese als Lebensmittelpunkt: Kann man dauerhaft auf dem Erholungsgrundstück wohnen? © picture-alliance / dpa | Jochen Eckel

Berlin. Gegen die Wohnungsnot müsse man „in alle Richtungen“ denken, sagt ein Berliner Politiker. Und bringt ein besonderes Wohnrecht ins Spiel.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408498071/wohnen-im-ferienhaus-in-berlin-das-ist-oft-der-wunsch-garten-paradiese-gegen-wohnungsnot.html>

Datum: 17.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

Verbotenes Wohnen im Ferienhaus: „Das ist ein Puppentheater“

17.03.2025, 17:05 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Der Traum vom dauerhaften Wohnen auf dem Erholungsgrundstück in Berlin treibt viele Berliner um. Und einige brechen schon jetzt bewusst die strengen Regeln. (Symbolbild)© Shutterstock / Beliphotos | Beliphotos

Berlin. Durch Wohnrecht in Garten-Paradiesen würden Tausende Wohnungen frei. Ein Betroffener aus Berlin-Pankow lebt den Traum, der nicht sein darf.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408537663/berlin-pankow-verbotenes-wohnen-im-ferienhaus-das-ist-ein-puppentheater.html>

Datum: 08.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

EHRE FÜR EINE JÜDIN

Gender-Coup in Pankow: Eberswalder Straße bekommt neuen Namen

03.03.2025, 18:00 Uhr • Lesezeit: 2 Minuten



Diese Ecke kennt jeder Berliner: Wo Eberswalder Straße und Schönhauser Allee sich in Prenzlauer Berg treffen, pulsiert das Leben. Und nun erhält ein Stückchen Eberswalder Straße einen Frauennamen.

© Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Eine der bekanntesten Straßen von Prenzlauer Berg ist reif für eine Umbenennung. Aber nur ein ganz bestimmtes Stückchen.

So viel vorab: Die **Eberswalder Straße** bleibt die Eberswalder Straße – bis auf ein Stückchen, wo die Frauengerechtigkeit einen kleinen Triumph erlebt. Das Bezirksamt Pankow gibt nun offiziell bekannt: Die bisher namenlose Stichstraße der Eberswalder Straße im Ortsteil **Prenzlauer Berg** heißt künftig Emilie-Mosse-Straße.

Worum es hier geht, ist ein kurzer Abzweig der bekannten Verkehrsachse, der am Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark endet. Und dieser Abzweig, so bestätigen die Bürgermeisterinnen Cordelia Koch (Grüne) und **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), trägt damit in Kürze bei zur Würdigung bedeutender Frauen in der Geschichte des Bezirks.

Straßenumbenennung der Eberswalder Straße: Emilie Mosse statt Rudolf Mosse

Die Entscheidung geht auf eine Initiative der „AG Spurensuche“ des Pankower Frauenbeirats zurück. Und gilt als Kompromisslösung eines längeren Umbenennungsstreits: Ursprünglich hatte die Initiative „Mosse erinnern!“ vorgeschlagen, die Straße in Prenzlauer Berg [nach dem jüdischen Verleger und Mäzen Rudolf Mosse](#) zu benennen, dessen Name während der NS-Zeit aus dem Berliner Straßenbild getilgt wurde.

Da jedoch bereits eine Rudolf-Mosse-Straße und ein [Rudolf-Mosse-Platz in Berlin existieren](#), war dies gemäß den Ausführungsvorschriften des Berliner Straßengesetzes nicht möglich. Also wurde an seiner Stelle Emilie Mosse – die Ehefrau den **verhinderten Namenspaten** – ausgewählt. Sie engagierte sich zu Lebzeiten für soziale Projekte, insbesondere für benachteiligte Kinder und berufstätige Mütter.

Mit dieser Umbenennung erfüllt das Bezirksamt Pankow sein Ziel, den Anteil an nach Frauen benannten Straßen zu erhöhen, heißt es aus dem Rathaus. Dies entspricht einem Beschluss aus dem Jahr 2010, der darauf abzielt, Frauen, deren Leistungen oft übersehen wurden, stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Prenzlauer Berg: Neuer Name für Eberswalder Straße vergleichsweise billig

Und die Kosten für die neuen Straßenschilder? Sie sind wegen der Kürze der Stichstraße vergleichsweise moderat – und belaufen sich auf exakt **554,25 Euro**. Eine Summe, die [Pankow aus dem Haushalt trotz strikter Sparbeschlüsse](#) bezahlen kann. Die Anwohnerinnen und Anwohner seien bereits frühzeitig über die geplante Umbenennung informiert worden, erklärt der Bezirk.

Mit der Vorlage zur Kenntnisnahme an die Pankower Bezirksverordneten nahm die **Umwidmung nach jahrelanger Vorbereitung** nun den letzten wesentlichen Schritt. Nur der genaue Termin, wann ein Stück Eberswalder Straße Emilie Mosse ehrt, der ist bis dato noch offen.

Datum: 08.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

NEUE SACKGASSE BIRGT RISIKO

+ Fahrradstraße als Lastwagen-Falle? Pankow erklärt Poller-Lösung

08.03.2025, 16:34 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten



Von **Thomas Schubert**
Leiter Bezirke



Um heftige Konflikte zwischen Autos und Radfahrern zu entschärfen, zieht der Bezirk Pankow eine Leiste aus Pollern in eine Fahrradstraße ein. Doch die neue Sackgasse in Prenzlauer Berg birgt womöglich Risiken.

© FUNKE Foto Services | Sergej Glanze

Berlin. Poller in der gefährlichsten Fahrradstraße von Prenzlauer Berg kommen wesentlich später. Hier schildert der Bezirk ein wichtiges Detail.

Was wäre, wenn das Abwenden einer Gefahr eine neue Gefahr erzeugt? Genau diese heiße Frage hatten Planer im Bezirksamt **Pankow** schon einmal zu

diskutieren, als es die [Abriegelung einer Fahrradstraße mit Pollern](#) zu genehmigen galt. Im Fall der Ossietzkystraße stand schnell fest: Bevor Bauarbeiter die **Poller in den Boden** schrauben, braucht es eine Sicherheitsvorkehrung gegen Falschfahrer am Steuer von schweren Lastwagen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408499662/berlin-fahrradstrasse-als-lastwagen-falle-pankow-erklaert-umstrittene-poller-loesung-in-prenzlauer-berg.html>

Datum: 08.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Manuela Frey Thema: Jörn Pasternack

„Gestapeltes“ im Bötzowviertel

PRENZLAUER BERG: Sporthalle des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums eröffnet

von [Manuela Frey](#)

Im Rahmen der denkmalgerechten Instandsetzung des Schulstandorts Pasteurstraße 7-11 wurde jetzt eine neue Sporthalle eröffnet.

Der Bau an der Dietrich-Bonhoeffer-Straße im Bötzowviertel wurde als „gestapelte“ Zweifelhalle errichtet und ist über eine Verbindungsbrücke und Übergänge vom Schulgebäude aus zu erreichen. Die Kosten betragen laut Investitionsprogramm des Landes Berlin etwa 20,3 Millionen Euro.

Jörn Pasternack (CDU), Sadtrat für Schule, Sport und Facility Management: „Mit der Eröff-

nung dieser modernen Sporthalle in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße schließt das Bezirksamt nach umfassendem Einsatz über mehrere Wahlperioden nicht nur eine historische Baulücke, sondern schafft einen wichtigen Meilenstein für Pankower Schulen und Sportvereine. Jetzt steht hier ein funktionales Sportgebäude, welches durch Sport- und Bewegungsraum die Schülerinnen und Schüler des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums sowie alle Sportbegeisterten miteinander verbindet. Die Nebengebäude der neuen Sporthalle mit Sozial- und Technikräumen bieten optimale Bedingungen. Dieses Bauprojekt war kein Sprint, sondern ein Marathon.“

Torsten Kühne, Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung: „Die Berliner Schulbauoffensive ist an vielen Stellen in Pankow sichtbar, so auch hier im Bötzowkiez: Das Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium hat in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße eine neue Sporthalle erhalten. Die Schulgemeinschaft freut sich über viel Platz in den zwei übereinander gebauten Zweifeldsporthallen, dazu gehören auch zeitgemäße Umkleide-, Geräte- und Sanitärräume. Und nach Schulschluss steht das Gebäude umliegenden Sportvereinen zur Verfügung. Der Neubau der Sporthalle gehört neben der erfolgten denkmalgerechten Instandsetzung des Schulstandorts in

der Pasteurstraße zu einer umfangreichen Baumaßnahme im Bezirk. Wir bauen zeitgemäße Räume für Sport und Bewegung und schaffen auch durch die Sanierung von Bestandsgebäuden neue Schulplätze!“

Bevor 2016 mit dem Bau begonnen wurde, waren einige Unwägbarkeiten zu bewältigen. Zunächst mussten in der durch Kriegseinwirkung entstandenen Baulücke die Grundstücke Dietrich-Bonhoeffer-Straße 6, 7, 8 und 9 erworben werden. Die Verhandlungen dazu verliefen schwierig, unter anderem weil eine Erbengemeinschaft beteiligt war und die Grundstücke sich in einem Sanierungsgebiet befanden.

Datum: 08.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: st Thema: CDU-Fraktion Pankow

Erinnerung an Bärbel Wachholz

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Die **CDU**-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) macht sich für eine Straßenumbenennung in Französisch Buchholz stark. Sie unterstützt einen Vorschlag des Bürgervereins Französisch Buchholz, die Straße 76 nach der DDR-Musikikone Bärbel Wachholz zu benennen. Die Schlagersängerin hinterließ ein beeindruckendes künstlerisches, aber auch ein soziales Vermächtnis. So setzte sie sich unter anderem zu DDR-Zeiten für den Schutz der Natur sowie für gleichgeschlechtliche Beziehungen ein. Wachholz lebte seit den frühen 1960er-Jahren bis zu ihrem Tod 1984 in der Straße 76. „Der Todestag der Ausnahmekünstlerin Bärbel Wachholz jährte sich im November 2024 zum 40. Mal“, erklärt Lars Bocian, Chef des Bürgervereins. „Mit der Umbenennung der Straße 76 in Bärbel-Wachholz-Straße möchten wir ihr Andenken aufrechterhalten und ein Stück Kulturgeschichte sichtbar machen.“ Das Bezirksamt wird nun aufgefordert, den Vorschlag zu prüfen und in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine entsprechende Beschlussvorlage einzubringen. **st**

Datum: 08.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Hendrik Stein Thema: Manuela Anders-Granitzki

Neugestaltung nach Kinderwünschen

PRENZLAUER BERG: Auf dem Kollwitzplatz laden neue Spielgeräte zum Toben ein

von [Hendrik Stein](#)

Der Spielplatz auf dem Kollwitzplatz hat eine Verjüngungskur erfahren. Nachdem Altes weichen musste, lädt der Spielplatz mit neuen Attraktionen wieder zum ausgelassenen Toben ein.

Das alte Klettergerüst und die beliebte Holzseisenbahn, Anziehungspunkte seit Jahren, gaben aufgrund zu hoher Reparaturkosten ihren Platz für Neues frei. Der Neugestaltung gingen klare Kinderwünsche voraus, die im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens gesammelt wurden. Eine barrierefreie multifunktionale Spielkombination spricht mit Kletter- und Balanciermöglichkeiten sowie Rutschen gerade die Jüngsten an. Der „Imbissgar-

ten“ mit Kochecke, Bocktisch und Motorikelementen sowie einigen neuen Bänken komplettiert das Ganze. Die runde Spielfläche mit einer neuen und größeren Eisenbahn lädt zum „Verreisen“ ein. Für größere Kinder gibt es außerdem eine Slackline und zwei neue Tischtennisplatten nahe der Knaackstraße.

Die Pankower Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) freut sich: „Jede sanierte Spielfläche mit neu aufgestellten Spielgeräten ist ein großer Gewinn für den Bezirk.“ Rund 129 000 Euro wurden in die Neugestaltung des Platzes investiert. Die Mittel kamen aus dem Kita- und Spielplatz-Sanierungsprogramm (KSSP) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Datum: 13.03.2025	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft



T+ Chaos-Ersatzverkehr der Tramlinien M1 und 50 Wie Senat und BVG die Probleme jetzt beheben wollen

Überfüllte und unregelmäßige Busse machen den Ersatzverkehr der Tramlinien M1 und 50 für viele Fahrgäste unbenutzbar. Der Senat gibt die Probleme zu und will jetzt gegensteuern.

Von Christian Latz
13.03.2025, 07:54 Uhr

Wegen [anhaltender Probleme beim Schienenersatzverkehr](#) (SEV) auf den Straßenbahnlinien M1 und 50 wird das bisherige Konzept der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auf Druck des Senats angepasst. „Die BVG wurde von uns zur Verbesserung beim Taktangebot und der Kapazität aufgefordert“, sagte Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) am Mittwochnachmittag im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses.

„Damit ist der gesamte Pankower Norden mehr oder weniger abgeschnitten vom schienengebundenen öffentlichen Verkehr“, sagte CDU-Verkehrspolitiker Johannes Kraft zur bisherigen Situation.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/chaos-ersatzverkehr-der-tramlinien-m1-und-50-wie-senat-und-bvg-die-probleme-jetzt-beheben-wollen-13356970.html>

Datum: 13.03.2025	Medium: Berliner Kurier
	Autor: Florian Thalmann
	Thema: Lars Bocian

Neue Strafen für Berlin

Neue, heftige Bußgelder in Berlin: So teuer werden Kippen und Hundekot

Berlin leidet unter einer echten Abfallflut. Kippe, Kacke und Sperrmüll liegen einfach überall. Nun sollen die Bußgelder für Berliner heftig steigen.

BK
/
Florian Thalmann
13.03.2025 20:31 Uhr



Hundekacke liegen lassen, Sperrmüll illegal entsorgen und Kippen wegwerfen: All das soll in Berlin in ZUKunft wesentlich mehr kosten, denn die

Bußgelder werden angehoben. Rolf Kremming/imago, Future Image/imago, Jochen Eckel/imago

Der Müll ist überall in Berlin ein großes Problem. Raucher schnipsen achtlos ihre Zigarettenkippen weg, in manchen Bezirken werden die To-Go-Verpackungen zum Problem – und ganze Wohnungsaufösungen werden auf den Straßen von Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln erledigt. Der Müll ist ein echtes Problem in der Hauptstadt. Doch nun sollen neue Bußgelder die illegale Entsorgung von Abfall noch brisanter machen. 250 Euro für eine Kippe, 8000 Euro für Sperrmüll, 80 Euro für Hundekot: Wir verraten, wie die neuen Bußgelder für Abfallrüpel in Berlin aussehen sollen!

Neue Bußgelder in Berlin: Strafe für Kippen und Hundekacke explodiert

Die frohe Kunde verbreitete unter anderem **Lars Bocian (CDU)**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, am Abend auf Facebook. „Endlich gibt es härtere Strafen für illegale Müllentsorgung! Der neue Bußgeldkatalog wurde heute im Plenum beschlossen - mit empfindlichen Strafen für das wilde Abladen von Bauschutt, ganzen Wohnungsaufösungen & Co.“, schrieb er in einem Beitrag. Verstöße sollen damit zukünftig noch besser geahndet werden.

Ob Zigarettenkippen, Sperrmüll oder Hundekot: Noch höhere und zum Teilsaftige Strafen sollen der Müllproblem in Berlin bekämpfen. Denn wer gegen die Regeln verstößt, muss in Zukunft tief in die Tasche greifen! Es gibt nur ein Problem: Wer soll das alles kontrollieren? Die Einrichtung einer sogenannten Task-Force-Müll sei bereits durch die CDU-Fraktion Berlin beschlossen worden, heißt es. Diese Einheit soll dafür sorgen, dass Verstöße konsequent verfolgt werden. Die Einnahmen daraus sollen direkt in die Bezirke zurückfließen, schreibt auch **Bocian**. „Damit kann dann zum Beispiel weiter am Thema Müllprävention gearbeitet werden.“

Neue Bußgelder in Berlin: Das sind die Preise für Kippen, Hundekot, Sperrmüll und Co.

Aber: Was kostet die Müllentsorgung in Zukunft? Beim Blick auf die Liste dürften einige Berliner ordentlich schlucken: Das Entsorgen von Zigarettenkippen, Plastiktüten oder Einwegbechern soll demnach zukünftig nicht mehr 55 Euro kosten, sondern satte 250 Euro. Raucher werden also zweimal darüber nachdenken, ob sie ihre Kippen noch durch die Gegend werfen. Wer illegal

Sperrmüll entsorgt, muss dafür zukünftig nicht mehr 500 Euro, sondern 8000 Euro zahlen – laut dem Post des CDU-Mannes pro Kubikmeter. Wer Hundekot nicht entfernt, zahlt nicht mehr 55 Euro, sondern gleich 80 Euro.

Und es geht noch weiter: Auch das Beschädigen von Anpflanzungen ist neu geregelt, kostet nicht mehr zwischen 100 und 5000 Euro, sondern ab 300 Euro bis 10.000 Euro. Und: Feuer anzünden in Grünanlagen wird mit Bußgeldern von 200 bis 0.000 Euro geahndet. Hinzugekommen sind auch zahlreiche neue Tatbestände. Dazu gehören das Entsorgen von Müllsäcken (500 Euro pro Stück) und das Entsorgen von Bauschutt. Bei letzterem richten sich die Bußgelder nach der Menge – bei bis zu 100 Kilo liegt die Strafe bei 25.000 Euro. Sind gefährliche Inhaltsstoffe enthalten, kann der Preis sogar auf 65.000 Euro steigen.

Datum: 14.03.2025	Medium: BZ
	Autor: Stefan Peter Thema: Lars Bocian

14.03.2025, 13:39 Uhr

Bußgeld-Knaller

Kippe wegwerfen kostet in Berlin bald 250 Euro!

Von Stefan Peter

Berlin, die Hauptstadt des Mülls. Nahezu überall weggeworfene Kippen und Kaffeebecher, illegal entsorgter Sperrmüll. Mit drastischen Strafen will die schwarz-rote Koalition dem Problem endlich Herr werden.

Aktuell streikt die BSR, doch die ständig zunehmende Verschmutzung der Stadt hat das Unternehmen kaum zu verantworten. „Müll- und Dreck-Ecken fast überall“, sagt der CDU-Abgeordnete Lars Bocian (55). „Die Hemmschwelle zur Vermüllung Berlins ist erschreckend niedrig.“

Bocian brachte zusammen mit der SPD einen Antrag zur illegalen Müll-Entsorgung ins Parlament ein. Der wurde am Donnerstag mehrheitlich beschlossen. Die Bußgelder werden drastisch erhöht:

Drastische Bußgelder für Müll-Sünder

- ▶ Wegwerfen von Zigarettenkippen oder Plastiktüten: 250 Euro (bisher 55 Euro)
- ▶ Illegale Sperrmüll-Entsorgung: 4000 Euro (bisher mindestens 150 Euro)
- ▶ Altreifen entsorgen: 3500 Euro/Stück (bisher mindestens 800 Euro)
- ▶ Hundekot nicht entfernt: 80 Euro (bisher mindestens 55 Euro)
- ▶ Feuer in Grünanlagen: 200 bis 10.000 Euro (bisher 150 bis 5000 Euro)

Auf der Liste stehen auch neue Tatbestände:

- ▶ Illegal entsorgter Müllsack: 500 Euro/Stück

- ▶ Illegal entsorgter Bauschutt: 25.000 Euro
- ▶ Bauschutt mit gefährlichen Inhaltsstoffen: 65.000 Euro

Die neuen Bußgelder sollen möglichst bald in Kraft treten, ein genaues Datum steht aber noch nicht fest.

Bei der Abgeordnetenhaus-Debatte ging es teilweise hoch her. Kritik an den Erhöhungen gab's von der Opposition: „Eine nette Idee, wenn die Bußgelder auch durchgesetzt werden. Dann könnte ich mir einen Abschreckungs-Effekt vorstellen“, so Julia Schneider (35, Grüne). *„Das Problem liegt auf der Hand: Die Bezirke haben nicht die Mittel, nicht das Personal, um konsequent zu ahnden.“ Wichtig sei es daher, die Ursachen für immer mehr Müll zu bekämpfen.* Sah Katalin Gennburg (41, Linke) ähnlich: „Allein das Erhöhen von Bußgeldern wird null Probleme in dieser Stadt lösen. Eine völlige Phantom-Debatte!“ Alexander Bertram (37, AfD): „Es braucht 24-Stunden-Ordnungsämter!“

Linda Vierecke (42, SPD): „Es geht nicht nur um die Erhöhung der Bußgelder. Wir brauchen einen Kulturwandel in dieser Stadt. Es muss sich einfach falsch anfühlen, Müll wegzuschmeißen.“

Datum: 14.03.2025	Medium: BILD
	Autor: Stefan Peter
	Thema: Lars Bocian

Bußgeld-Knaller: So viel müssen Müll-Sünder in Berlin jetzt hinblättern!



Illegale Müll-Entsorgung: So wie hier am Dohnagestell (Wedding) sieht es an vielen Stellen in Berlin aus

Foto: Olaf Selchow

Berlin – Berlin, die Hauptstadt des Mülls. Nahezu überall weggeworfene Kippen und Kaffeebecher, illegal entsorgter Sperrmüll. Mit drastischen Strafen will die schwarz-rote Koalition dem Problem endlich Herr werden.

Aktuell streikt die BSR, doch die ständig zunehmende Verschmutzung der Stadt hat das Unternehmen kaum zu verantworten. „Müll- und Dreck-Ecken fast überall“, sagt der CDU-Abgeordnete **Lars Bocian** (55). „Die Hemmschwelle zur Vermüllung Berlins ist erschreckend niedrig.“



Achtlos weggeworfener Abfall in der Utrechter Straße in Berlin

Foto: michael körner

Bocian brachte zusammen mit der SPD einen Antrag zur illegalen Müll-Entsorgung ins Parlament ein. Der wurde am Donnerstag mehrheitlich beschlossen.

Drastische Bußgelder für Müll-Sünder

- ▶ Wegwerfen von Zigarettenkippen oder Plastiktüten: 250 Euro (bisher 55 Euro)
- ▶ Illegale Sperrmüll-Entsorgung: 4000 Euro (bisher mindestens 150 Euro)
- ▶ Altreifen entsorgen: 3500 Euro/Stück (bisher mindestens 800 Euro)
- ▶ Hundekot nicht entfernt: 80 Euro (bisher mindestens 55 Euro)
- ▶ Feuer in Grünanlagen: 200 bis 10.000 Euro (bisher 150 bis 5000 Euro)

Auf der Liste stehen auch neue Tatbestände:

- ▶ Illegal entsorgter Müllsack: 500 Euro/Stück
- ▶ Illegal entsorgter Bauschutt: 25.000 Euro
- ▶ Bauschutt mit gefährlichen Inhaltsstoffen: 65.000 Euro

Die neuen Bußgelder sollen möglichst bald in Kraft treten, ein genaues Datum steht aber noch nicht fest.



Das Berliner Abgeordnetenhaus hat die Erhöhung der Bußgelder beschlossen

Foto: Sebastian Gollnow/dpa

Bei der Abgeordnetenhaus-Debatte ging es teilweise hoch her. Kritik an den Erhöhungen gab's von der Opposition: „Eine nette Idee, wenn die Bußgelder auch durchgesetzt werden. Dann könnte ich mir einen Abschreckungs-Effekt vorstellen“, so Julia Schneider (35, Grüne).

„Das Problem liegt auf der Hand: Die Bezirke haben nicht die Mittel, nicht das Personal, um konsequent zu ahnden.“ Wichtig sei es daher, die Ursachen für immer mehr Müll zu bekämpfen.

Sah Katalin Gennburg (41, Linke) ähnlich: „Allein das Erhöhen von Bußgeldern wird null Probleme in dieser Stadt lösen. Eine völlige Phantom-Debatte!“ Alexander Bertram (37, AfD): „Es braucht 24-Stunden-Ordnungsämter!“

Linda Vierecke (42, SPD): „Es geht nicht nur um die Erhöhung der Bußgelder. Wir brauchen einen Kulturwandel in dieser Stadt. Es muss sich einfach falsch anfühlen, Müll wegzuschmeißen.“

Datum: 14.03.2025	Medium: t-online
	Autor: kme Thema: Lars Bocian

Abfall türmt sich durch BSR-Streik

Wohin mit dem Müll? Vorsicht vor diesen teuren Fehlern

Von t-online, [kme](#)

Aktualisiert am 14.03.2025 Lesedauer: 2 Min.



Streik bei der BSR: Die Mülltonnen in Berlin quellen über. (Quelle: IMAGO/Ralf Pollack/imago)

Überquellende Mülltonnen in der Stadt, Sperrmüllhaufen: Der Warnstreik bei der BSR ist spürbar. Wie wird man nun seinen Müll los? Und welche Strafen drohen bei illegaler Entsorgung?

Beschäftigte der Berliner Stadtreinigung (BSR) haben seit Montag die Arbeit niedergelegt. Noch bis Freitag muss nach Angaben des Unternehmens mit "erheblichen Einschränkungen" gerechnet werden, zum Beispiel bei der Entleerung der öffentlichen Abfalleimer. Auch die Restabfall- und Bioguttonnen sowie zum Teil die Wertstofftonnen der Haushalte werden seit Mittwoch bis einschließlich Freitag nicht mehr geleert.

Nach Angaben der BSR sind nachgeholte Leerungen der Mülltonnen am Samstag nicht geplant. Die Entsorgung erfolgt erst wieder beim nächsten regulären Abfuhrtermin. Bis einschließlich Samstag bleiben zudem alle 14 Recyclinghöfe geschlossen. In einigen Bezirken fallen die Kieztage aus.

Verschlossene Mülltüten dürfen neben Tonnen gelagert werden

Wohin dann allerdings mit dem Müll? Laut der BSR dürfen wegen der Streiksituation ausnahmsweise verschlossene Mülltüten neben den Abfallbehältern am Müllstandplatz gelagert werden. Die Entsorgung erfolge "bei den nächsten Abfuhrterminen nach Streikende", teilt die Stadtreinigung mit.

Das Abstellen von [Sperrmüll](#), Elektroschrott und anderen Abfällen vor den Toren geschlossener Recyclinghöfe ist allerdings verboten. Die BSR weist darauf hin, dass dies ein "illegales Ablagern von Müll" darstelle, das "von den Ordnungsämtern mit hohen Bußgeldern geahndet" werde.

Bußgelder für illegalen Abfall deutlich höher

Die schwarz-rote Regierung in [Berlin](#) hat [das Bußgeld für illegale Müllentsorgung maßgeblich erhöht](#). Die Entsorgung von illegalem Sperrmüll soll 4.000 Euro kosten, bei mehr als einem Kubikmeter sogar 8.000 Euro. Bisher werden dafür Bußgelder von mindestens 150 Euro fällig. Die neuen Bußgelder sollen möglichst bald in Kraft treten, ein genaues Datum steht aber noch nicht fest. Wie die "B.Z." berichtete, brachte der CDU-Abgeordnete [Lars Bocian](#) zusammen mit der [SPD](#) einen Antrag zur illegalen Müll-Entsorgung ins Parlament ein. Der wurde am Donnerstag mehrheitlich beschlossen.

Die Beseitigung und Entsorgung von illegalem Müll, **Sperrmüll**, Bauschutt und Autowracks auf öffentlichen Straßen und in Parks **kostet das Land Berlin inzwischen weit mehr als zehn Millionen Euro im Jahr.**

Datum: 15.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Die Misere der Verkehrsprojekte

PANKOW: Poller, Fahrradstraßen, Kiezblocks – trotz Ehrgeiz und langer Planungen stecken Vorhaben seit Monaten fest

von Thomas Schubert

Fahrradstraßen, Kiezblocks, Pollersperrn – wenn es um den Verteilungskampf des Straßenraums für Autos, Radfahrer und Fußgänger geht, blickt Berlin nach Pankow. Denn im Boom-Bezirk traten Grünen-Stadträte mit Visionen an, die in Erinnerung blieben: 20 neue Fahrradstraßen in vier Jahren. Verkehrsberuhigte Kieze, die zum Lehrstück werden sollen für einen schnellen Auto-Bann in weiten Teilen der City Ost. Dieser Optimismus der frühen 2020er-Jahre ist längst verflogen. Eine Morgenpost-Anfrage ergibt: Praktisch gar kein Projekt kommt noch planmäßig. Neue Prognosen zu den wichtigsten Projekten zeigen eine prekäre Lage.

Beispiel Nummer eins: die Fahrradstraße Stargarder Straße. Dort muss Pankow den Termin zur Abriegelung mit Pollern zum Frühlingsbeginn plötzlich begraben. „Nach aktuellem Stand wird eine Umsetzung für Mitte des Jahres 2025 angestrebt“, sagt nun eine Sprecherin von Verkehrsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). Es brauche noch weiterer Klärungen zur verkehrsrechtlichen

Anordnung, heißt es. Eine Klärung, die sich in einer Dreiecksbeziehung zwischen Pankower Straßenverkehrsbehörde, Polizei und Planern des Straßen- und Grünflächenamtes seit Monaten hinzieht. Ein genauer Termin zur Entschärfung der gefährlichen Fahrradstraße durch Poller im Bereich der Gethsemanekirche? Darauf will sich das Haus von Stadträtin Anders-Granitzki nicht mehr festlegen – zu festgefahren erscheint die Lage.

Zur Erinnerung: Schon im vergangenen Herbst hatte das Bezirksamt einen Teil der Stargarder Straße für den Autoverkehr entwidmen lassen. Um Klagen von Anwohnern vorzubeugen, die Poller womöglich noch verhindern wollen. So groß die Überraschung über diese „Teileinziehung“ der Straße war – jetzt zeigt sich: Es braucht gar keine Klagen, um das Projekt zu bremsen. Denn das Projekt stockt behördenintern ganz erheblich. Obwohl Radfahrer fast wöchentlich gefährliche Situationen mit Autos schildern, die illegal Schleichwege durch die Fahrradstraße suchen, ändert sich diesen Frühling nichts.

Beispiel Nummer zwei: Die beiden neu geplanten Fahrrad-



Poller sollen in der Stargarder Straße unbefugte Pkw aussperren, aber sie kommen später. Foto: Thomas Schubert

straßen Schwedter und Saarbrücker Straße – beide ursprünglich für 2024 angekündigt. Aber auch für 2025 nennt Pankow keinen belastbaren Termin: „Zu beiden Fahrradstraßen laufen noch die Abstimmungen zur verkehrsrechtlichen Anordnung zwischen der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei und der Planungsabteilung des Straßen- und Grünflächenamtes“, berichtet die Abteilung der Verkehrsstadträtin. Also der gleiche Dreieckskon-

flikt und der gleiche Planungsstau wie im Fall Stargarder Straße. Trotzdem bleibt Anders-Granitzkis Haus optimistisch und teilt auf Morgenpost-Anfrage mit: „Die Umsetzung beider Fahrradstraßen ist weiterhin für 2025 avisiert.“

Beispiel Nummer drei: Wann die nächste Projektstufe im Kiezblock Komponistenviertel und der neue Kiezblock Arnimplatz endlich starten, kann im Bezirksamt offenbar niemand

mehr verlässlich sagen. Auch dort war die Umsetzung nach mehreren Verschiebungen für den Frühling 2025 geplant. Doch die Umsetzung der Verkehrsprojekte in Weißensee und Prenzlauer Berg wackelt jetzt schon wieder – beim Einbau von Pollern im Komponistenviertel und beim Start eines Einbahnstraßensystems am Arnimplatz fehlt es laut Stadtrat Cornelius Bechtler (Grüne) an wichtigen Ressourcen. Und an Geld. 20 000 Euro brauche

man dringend vom Senat für die Sperren in Weißensee. Relativ wenig Geld, auf das man ungewöhnlich lange wartet. „Da wir nicht genau sagen können, wann und ob die Mittel bewilligt werden, können wir dazu keine abschließende Einschätzung abgeben. Im positiven Fall einer zeitnahen Mittelbewilligung wäre der Zeitplan aber durchaus zu halten, sodass wir im Moment noch damit kalkulieren“, äußert sich Bechtler optimistisch.

Am Arnimplatz dürfte die Ungeduld von Anwohnern, die eine Verkehrsberuhigung hartnäckig einfordern, besonders ausgeprägt sein. Denn die Einführungsveranstaltung fand bereits im September 2023 statt. Doch geschah seitdem nichts. Warum es hakt, erklärt eine Sprecherin von Stadtrat Bechtler gegenüber der Morgenpost so: Das Bezirksamt sei „äußerst bemüht“, am Arnimplatz ins Handeln zu kommen. „Schnellstmöglich“ wolle man gegenläufige Einbahnstraßen einrichten. Doch die Verkehrszeichenpläne für das Verkehrsbesetzten Straßenverkehrsbehörde. Dort ballt sich der gesamte Projektstau der Pankower Verkehrsprojekte.

Datum: 15.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart
	Thema: Manuela Anders-Granitzki



Bürgermeister Martin Schaefer (Zweiter von rechts) und der Abgeordnete Martin Pätzold (Dritter von rechts) liegen sich im Beisein von Vertretern des Vereins „Wir für Malchow“ und Abgeordneten aus Pankow von Niederlassungsdirektor Roland Normann (Sechster von rechts) den aktuellen Planungsstand erläutern. Foto: Bürgerbüro Pätzold

Ortsumfahrung Malchow wird nun vorbereitet

MALCHOW: Autobahn GmbH informierte zum aktuellen Planungsstand

von Bernd Wähler

Die Planungen für die Umsetzung der Ortsumfahrung Malchow nehmen Fahrt auf. Das erfuh der Abgeordnete Martin Pätzold (CDU) bei seinem jüngsten Gespräch mit Vertretern der Niederlassung Nordost der Autobahn GmbH des Bundes.

In diesem Gespräch tauschten sie sich mit Vertretern des Vereins „Wir für Malchow“, dem Lichtenberger Bürgermeister Martin Schaefer (CDU) und Abgeordneten aus Pankow über den Fortschritt des Projekts und den aktuellen Planungsstand aus. Täglich befahren Tausende Auto- und Lkw-Fahrer die Dorfstraße in Malchow. Für die Anwohner ist das eine enorme Belastung und zum Teil auch äußerst gefährlich. Deshalb soll die Ortsumfahrung Malchow für eine Entlastung sorgen,

damit Malchow nicht länger unter dieser Verkehrs- und Lärmbelastung leidet. Dafür setzt sich Martin Pätzold seit Jahren gemeinsam mit dem Verein „Wir für Malchow“ ein.

Der Berliner Senat hatte die seit 1994 im gesamtstädtischen Flächennutzungsplan enthaltene Ortsumfahrung eigentlich für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 angemeldet. Auf Grundlage eines Planungsstandes von 2013 und Verkehrsprognosen bis 2025 wurde das Vorhaben allerdings erst in den BVWP 2030 als „neues Vorhaben mit vordringlichem Bedarf“ aufgenommen. Seit Januar 2021 ist nun die Autobahn GmbH des Bundes für dieses Projekt zuständig. Ein zentrales Anliegen der Autobahn GmbH sei der enge Austausch mit beteiligten Behörden, Verbänden und Interessenvertretungen, um das Projekt voranzubrin-

gen, erklärt Niederlassungsdirektor Roland Normann im Gespräch mit Martin Pätzold. Ein wesentlicher nächster Schritt ist die Ausschreibung für die erforderlichen Umweltgutachten. Sie soll noch in diesem Jahr erfolgen. Diese Gutachten sind eine entscheidende Grundlage für weitere Planungsaktivitäten und ermöglichen unter anderem neue Kartierungen sowie eine erneute Variantenuntersuchung. Dabei werde auch die im BVWP 2030 vorgesehene Variante berücksichtigt, informiert Roland Normann.

„Ich werde den weiteren Prozess der Planung auch künftig aufmerksam begleiten“, sagt Martin Pätzold, dem die Schaffung der Ortsumfahrung Malchow ein sehr wichtiges Anliegen ist. Sobald neue Erkenntnisse zum Planungsstand vorliegen, wird er die Anwohner transparent informieren.

Datum: 17.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian

Verbotenes Wohnen im Ferienhaus: „Das ist ein Puppentheater“

17.03.2025, 17:05 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Der Traum vom dauerhaften Wohnen auf dem Erholungsgrundstück in Berlin treibt viele Berliner um. Und einige brechen schon jetzt bewusst die strengen Regeln. (Symbolbild)© Shutterstock / Beliphotos | Beliphotos

Berlin. Durch Wohnrecht in Garten-Paradiesen würden Tausende Wohnungen frei. Ein Betroffener aus Berlin-Pankow lebt den Traum, der nicht sein darf.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408537663/berlin-pankow-verbotenes-wohnen-im-ferienhaus-das-ist-ein-puppentheater.html>

Datum: 22.03.2025	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: He Thema: Manuela Anders-Granitzki

Kampf gegen die Vermüllung

PANKOW: Senat und Bezirk unterzeichnen Zielvereinbarung für mehr Sauberkeit

von Hendrik Stein


Pankow kämpft für mehr Sauberkeit: Eine neue Vereinbarung zwischen Senat und Bezirk stellt Weichen für eine sauberere Umgebung. Mit gezielten Maßnahmen und neuen „Waste Watcher“ soll der Vermüllung im öffentlichen Raum Einhalt geboten werden.

Mit der Vereinbarung strebt der Bezirk an, die Müllverschmutzung bis Ende des Jahres spürbar zu verringern. Um Präventionsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, erhält der Bezirk vom Senat Sachmittel in Höhe von 20 000 Euro. Zentraler Teil der Initiative sind zwei befristete Stellen für „Waste Watcher“.

Diese Mülldetektive, deren Stellen im Laufe des Jahres zügig besetzt werden sollen, patrouillieren an Orten, an denen der Müll sich häuft. Sie setzen das geltende Recht durch und achten auf Sauberkeit. Ihr Augenmerk gilt dem illegalen Abfall – von Zigaret-

tenkippen bis zum Sperrmüll. Die intensive Präventionsarbeit findet auch in der Öffentlichkeit statt. Mit Aktionstagen und Infoständen will Pankow über die negativen Auswirkungen der Vermüllung informieren. Neben diesen Maßnahmen sollen auch die Sperrmüll-Kieztage in Zusammenarbeit mit der BSR fortgesetzt werden, ebenso wie die Aktionstage zur Beseitigung von „Schrotträdern“.

Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, unterstreicht die Dringlichkeit des Anliegens: „Im vergangenen Jahr erhielt das Ordnungsamt Pankow mehr als 17 500 Meldungen aus der Bevölkerung zu Problemen mit Müll im öffentlichen Raum. Das sind mehr als doppelt so viel wie noch im Jahr 2019 und 4000 Meldungen mehr als im Jahr 2023. Jede einzelne Meldung ist eine zu viel. Mit dieser Zielvereinbarung gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung einer sauberen und lebenswerten Stadt.“

Datum: 24.03.2025	Medium: B.Z.
	Autor: Stefan Pettr Thema: Johannes Kraft

CDU-Forderung

Busspuren sollen während BVG-Streik für Autofahrer freigegeben werden



Die CDU will, dass während des BVG-Streiks Busspuren für alle Autofahrer geöffnet werden Foto: Jens Kalaene/dpa
Von Stefan Peter

Diese Idee dürften viele Autofahrer begrüßen: Weil die BVG am Mittwoch und Donnerstag wieder bestreikt werden soll, will die Berliner CDU die Busspuren an diesen Tagen für alle Autofahrer öffnen!

In der Hauptstadt gibt es über 120 Kilometer an Busspuren – doch an den Streik-Tagen ist dort kein Linienbus unterwegs. Gleichzeitig werden Zehntausende Berliner und Pendler aus Brandenburg auf das Auto umsteigen (müssen). Doch an vielen Hauptstraßen stehen sie im Stau, eine temporäre Öffnung der Busspuren könnte wenigstens etwas Entspannung bringen.

Genau das plant die CDU-Fraktion, erfuhr B.Z. „In der Kürze der Zeit kann man natürlich nicht sämtliche Busspuren abordnen

und alle Schilder verdecken“, so Verkehrs-Experte Johannes Kraft (48). „Doch man kann mit einer Dienstanweisung die Polizei auffordern, die Benutzung der Busspuren durch private Pkw zu dulden und nicht mit Bußgeld zu belegen.“

Zuständig für eine solche Anweisung ist Innensenatorin Iris Spranger (63, SPD). Zu ihr will die CDU-Fraktion nun schnellstmöglich Kontakt aufnehmen. „Kein Autofahrer soll Angst haben, dass ihm die Benutzung der Busspur in Rechnung gestellt wird“, sagt Kraft.

Rechtlich sei die Freigabe möglich

Rechtlich sieht die Union kein Problem. Eine ähnliche Dienstanweisung habe es bereits für Motorräder gegeben, die auf dem Gehweg parken durften – obwohl das eigentlich nicht erlaubt ist. „Berliner Linie“ hieß das Projekt, wurde 1978 eingeführt, die Dienstanweisung zur Duldung der geparkten Motorräder galt bis 2021.

Die Grünen stemmen sich wie erwartet gegen den CDU-Plan. „Die wenigen exklusiven Busspuren, die während des Streiks nicht von BVG-Bussen genutzt werden, sollten als Rettungsspuren, für Polizei, Rettungswagen und Feuerwehr freigelassen werden“, so Fraktions-Chef Werner Graf (45) zu B.Z.

Tino Schopf (50, SPD) gibt zu bedenken: „Eine Freigabe für den Pkw-Verkehr würde auch Radfahrer betreffen.“

Kristian Ronneberg (38, Linke): „Busspuren in Berlin sind nur ein kleiner Teil der Straßeninfrastruktur. Ihre Freigabe würde den Verkehrsfluss nur minimal verbessern.“ Selbst in der CDU-geführten Verkehrsverwaltung wird die Forderung der CDU-Fraktion mit Skepsis bedacht – Ampeln der Straßenbahn seien auf Busspuren abgestimmt, außerdem hätten einige Busspuren eigene Vorrang-Schaltungen an Kreuzungen.

Unterstützung hingegen von Rolf Wiedenhaupt (67, AfD): „Selbstverständlich sollten an den Tagen, an denen die BVG bestreikt wird, die Busspuren für alle freigegeben werden. Angesichts der Teilspernung der A100 wäre es geradezu zynisch, vorhandenen Verkehrsraum komplett ungenutzt zu lassen.“

Datum: 25.03.2025	Medium: Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung	Autor: dpa Thema: Johannes Kraft

CDU-Idee:

Keine Freigabe der Busspur für Autos wegen BVG-Warnstreiks

25. März 2025, 14:55 Uhr



Busspuren sind für die meisten Autos normalerweise tabu (Archivbild).(Foto: Jens Kalaene/dpa)

Wenn Busse und U-Bahnen nicht fahren, satteln viele Menschen aufs Auto um. Die CDU glaubt, diesen das Leben etwas erleichtern zu können - blitzt aber bei der Verkehrsverwaltung ab.

†Berlin (dpa/bb) - Während des geplanten BVG-Warnstreiks am Mittwoch und Donnerstag werden die Busspuren in Berlin nicht für den allgemeinen Verkehr freigegeben. Das teilte die Senatsverwaltung für Mobilität der Deutschen Presse-Agentur mit und lehnte damit einen entsprechenden Vorschlag der CDU-Fraktion ab. Schon aus

praktischen Gründen sei dies nicht möglich, sagte eine Sprecherin. So hätten Busspuren zum Teil separate Ampelschaltungen, die so kurzfristig nicht umprogrammiert werden könnten.

Aus Sicht der Senatsverwaltung sprechen aber auch Gründe der Verkehrssicherheit gegen eine Freigabe der Busspur. Dort seien Radfahrer unterwegs, und gerade an Streiktagen stiegen viele Menschen aufs Zweirad um. Außerdem verwies die Sprecherin darauf, dass Krankenwagen, Polizei und Taxen Busspuren nutzen - und im Falle einer Freigabe dieser Spuren auch für normale Autos womöglich ausgebremst würden.

Der CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft** hatte seine Idee in der „B.Z.“ geäußert. Er verwies darauf, dass viele Menschen während eines BVG-Warnstreiks auf ihr Auto umsatteln und dann vielfach im Stau stehen. Die Freigabe der Busspuren an Hauptstraßen könne für etwas Entlastung sorgen.

© dpa-infocom, dpa:250325-930-413891/1

Datum: 26.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Beißender Gestank am Bahnhof Pankow – und ein unlösbares Problem

26.03.2025, 05:55 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten



Von **Thomas Schubert**

Leiter Bezirke




Rund um die Fahrradständer am Bahnhof Pankow manifestiert sich ein stinkendes Problem, das Deutsche Bahn und Bezirksamt für unlösbar halten. Verschiedene Schwierigkeiten greifen zusammen. © Thomas Schubert

Berlin. Fahrradständer und Eingänge am Bahnhof Pankow sind der Verwahrlosung preisgegeben. Die Lösung für ein dringendes Bedürfnis fällt aus.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article408634524/berlin-pankow-beissender-gestank-nervt-pendler-am-bahnhof-ein-unloesbares-problem.html>

Datum: 27.03.2025	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: BLZ Thema: Denise Bittner, Lars Bocian

Straßen in Rosenthal „stark belastet“: CDU Pankow fordert neue Verkehrszählung

In Rosenthal hat es bereits mehrere Verkehrszählungen gegeben. Keine davon ist ausreichend, um verkehrsberuhigende Maßnahmen zu bestimmen, so die CDU in Pankow.

BLZ
27.03.2025 14:53 Uhr



Die CDU in Pankow fordert eine neue Verkehrszählung im Ortsteil Rosenthal. Jürgen Ritter/imago

Die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat einen Antrag für eine erneute Verkehrszählung in Rosenthal gestellt. Diese soll in den Wohnstraßen rund um die Straße Am Rollberg durchgeführt werden, heißt es in einer Mitteilung der CDU Pankow. Frühere Zählungen hätten sich als unzureichend erwiesen.

„Um Maßnahmen zu ermöglichen, die den Bedarfen der Anwohner vor Ort und vor allem der tatsächlichen Belastung und Gefährdungslage gerecht werden, ist dringend eine

erneute, methodisch einwandfreie Zählung erforderlich“, sagte **Denise Bittner**, Vorsitzende der CDU-Fraktion.

Pankow: CDU kritisiert vorherige Verkehrszählungen in Rosenthal

Bereits im Jahr 2022 habe die CDU-Fraktion in der BVV Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Straßen Am Rollberg, Dammsmühler Straße, Kirchstraße und Straße 113 gefordert. Die daraufhin durchgeführten Verkehrszählungen durch das Stadtentwicklungsamt Pankow hatten sich nach Ansicht der CDU jedoch als unzureichend erwiesen.

Eine Zählung im Dezember 2024 wurde aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen als unbrauchbar eingestuft, und die Zählung im April 2025 werde aufgrund einer Straßensperrung nicht den normalen [Verkehr](#) widerspiegeln.

„Die kleinen Anwohnerstraßen in [Rosenthal](#) sind durch starke Durchgangs- und Schleichverkehre belastet. Bereits als Bezirksverordneter hatte ich darum verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Straßen rund um die Straße Am Rollberg gefordert“, sagte **Lars Bocian (CDU)**, Mitglied des Abgeordnetenhauses für Rosenthal. „Damit diese zielgerichtet umgesetzt werden können, braucht es eine realistische Datengrundlage.“

Datum: 27.03.2025	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Joachim Fahrun Thema: Johannes Kraft

BONDE GEGEN OPPOSITION

Hitzige Debatte im AGH wegen Berliner Verkehrschaos

27.03.2025, 12:45 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten

Berlin. Im Abgeordnetenhaus ging es um die Lage an der A100, den BVG-Streik und die S-Bahnausschreibung. CDU gibt Grünen die Schuld.

Wohl selten servierte die Realität einer **Opposition** eine solche Vorlage, um die Regierung zu attackieren: Der Westen der Stadt steht wegen der kaputten Autobahnbrücke im Stau. Die BVG streikt und die S-Bahnausschreibung für dringend benötigte neue Wagen verzögert sich weiter.

Die Grünen spitzten die Lage im Titel der von ihnen beantragten Aktuelle Stunde zu, garniert mit einem Zitat der Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU), die jüngst im Parlament gefragt hatte, welche Krise es denn gebe. Und so lief der wichtigste Tagesordnungspunkt im Abgeordnetenhaus unter dem Titel: „**Krise, welche Krise?** – Brückendesaster, endloser BVG-Streik, versemmelte S-Bahnausschreibung: Wo ist die Verkehrssenatorin?“

Grüne: „CDU ist von Klimaklebern unterwandert, so wie sie hier alles lahmlegen“

Grünen-Fraktionschef Werner Graf teilte zum Auftakt munter aus. „Die Berlinerinnen und Berliner stehen wegen ihrer Politik im Stau und warten auf die U-Bahn“, sagte Graf. Wenn „diese Rückschrittskoalition fertig ist, fahren wir im Ochsenkarren durch die Stadt – aber immerhin ohne Tempolimit“, so der Oppositionsführer. Langsam habe man „das Gefühl, die **CDU ist von Klimaklebern unterwandert**, so wie sie hier alles lahmlegen“, so der Grüne. Vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU), der mehrfach Erwartungen zur Lösung der Probleme formuliert hatte, forderte Graf ein Eingreifen: „Sie sind nicht der erwartende, sondern der Regierende Bürgermeister.“

Die hart angegriffene Senatorin Bonde, vor ihrem Wechsel in den Senat vergangenes Jahr Geschäftsführerin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) war, konterte unter Zwischenrufen der empörten Opposition. Sie bedauere die Zustände, begann die Christdemokratin noch versöhnlich. Sie sehe die **Sorgen und Nöte** der Berliner, „und sie bewegen mich“.

Sentorin Bonde: „Sie von den Grünen waren sieben Jahre für den Verkehr zuständig“

Dann schaltete Bonde in den **Angriffsmodus**. Der Titel dieser Aktuellen Stunde lege nahe, „dass diese Koalition verantwortlich sein soll für marode Infrastruktur, den Verdi-Streik und die endlose S-Bahnausschreibung“, sagte die Senatorin. Aber man habe diese Themen geerbt. „Sie von Bündnis90/Die Grünen waren sieben Jahre für den Verkehrsbereich verantwortlich.“

Bonde warf den Grünen ihre Begrifflichkeiten vor. „Der inflationäre Gebrauch von Worten wie Krise, Desaster und Chaos tragen dazu bei, dass **Politikverdrossenheit** entsteht“, rief Bonde. Das Vertrauen in demokratische Institutionen leide dadurch. „Diese Polemik hilft nicht“, sagte die Senatorin gegen die Unruhe auf den Oppositionsbänken.

Verkehrssenatorin kündigt Masterplan zur Sanierung von Berliner Brücken an

Aber auch in der Sache teilte Bonde aus. Ihre Vor-Vorgängerin Bettina Jarasch, Verkehrssenatorin unter Rot-Grün-Rot und heute Ko-Vorsitzende der Grünen-Fraktion, habe 2021 vorgeschlagen, darüber nachzudenken, die Stadtautobahn **A 100 zurückzubauen**. „Und jetzt beschweren Sie sich über ein Verkehrschaos“, polemisierte Bonde.

Sie referierte die Chronologie der Gespräche und Beschlüsse seit der Sperrung der Autobahn. Sie verwies auf den „Masterplan Brücken“. Von den 867 Berliner Brücken sei nur jede fünfte in gutem Zustand, 120 Brücken müssten für mehr als eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren saniert werden, sagte Bonde. Im Falle des A100-Brückenneubaus habe sie bei der Bundesautobahngesellschaft

darauf gedrängt, die **Möglichkeiten des Vergaberechts auszuschöpfen**, Arbeiten rund um die Uhr zu verlangen, Abriss und Neubau gleichzeitig noch vor Ostern auszuschreiben.

Bonde greift zum BVG-Streik Verdi an: Nicht nur an Maximalforderungen festhalten

Zum BVG-Streik attackierte die Senatorin die Gewerkschaft Verdi: „In Verhandlungen kann nicht ein Partner an Maximalforderungen festhalten, wenn sich ein Partner erheblich bewegt“. Bei der S-Bahn-Ausschreibung habe man den „gordischen Knoten“ durchschlagen. **„Heute gehen Angebote der Bieter ein“**, sagte die Senatorin.

In der Debatte stärkte der CDU-Verkehrsexperte Johannes Kraft der Senatorin den Rücken und gab ebenfalls den Grünen die Schuld an der Lage. Für die AfD sagte der Abgeordnete Rolf Wiedenhaupt, die kaputte Ringbahnbrücke sei ein „Synonym für das **politische Versagen unserer Stadt**“. Die Politik habe Berlin „an einen Kipppunkt gebracht, an dem die ganze Infrastruktur ins Wanken gerät“, so der Vertreter der oppositionellen Rechtspartei.

Linke fordert Sanierung der Autobahn statt den Weiterbau der A 100

Der Linken-Redner Kristian Ronneburg sah die marode Autobahn als ein Beleg dafür, wie die **Schuldenbremse** der Entwicklung des Landes geschadet habe. Weil es lange keine klaren Pläne für Investitionen gegeben habe, hätten die Baufirmen auch nicht die nötigen Kapazitäten aufgebaut. „Hätte man Brücken saniert, anstatt Milliarden in den Weiterbau der A 100 zu stecken, stünden wir heute besser da“, sagte der Linken-Politiker mit Blick auf die Verlängerung der Stadtautobahn von Neukölln nach Treptow und die geplante Weiterführung über die Spree nach Friedrichshain. „Das Geld muss in den Erhalt der Infrastruktur fließen, nicht in rückwärtsgewandte Projekte.“

Der Sozialdemokrat Tino Schopf sagte, weil die Beschleunigung bei Bussen und Straßenbahnen nicht gelinge, zahle die BVG jedes Jahr fünf Millionen Euro für

100 zusätzliche Fahrer. „Dieser Quatsch muss endlich aufhören“, sagte der SPD-Mann und forderte, **Ampelschaltungen** für den ÖPNV anzupassen und **Busspuren** anzuordnen. „Sie haben alle Möglichkeiten, Frau Bonde, handeln Sie“, so der Vertreter des Koalitionspartners. Der Regierende Bürgermeister beteiligte sich nicht an der Debatte.

Datum: März 2025	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz
	Thema: Johannes Kraft

Zebrastreifen am Bahnhof noch 2025?

Am Hubertusdamm in Karow soll ein Fußgängerüberweg eingerichtet werden

Was den einen ein Uhl, is den annern ein Nachtigall. Nach Abschluss der Bauarbeiten am Bahnhof Karow und der Öffnung der Eisenbahnbrücke am 16. Dezember 2024 freuen sich die Autofahrer, aber der Straßenverkehr hat wieder enorm zugenommen. Zugleich wurden die zwei (!) Zebrastreifen auf dem Hubertusdamm in Nähe des Bahnhofs abgebaut. Im Augenblick besteht für Fahrgäste, Passanten, Patienten, Kunden und Schulkinder keine Möglichkeit, die stark befahrene Straße gefahrlos zu überqueren. Die linke Seite des Hubertusdamms (Richtung Bahnhof) und die vom Bahnhof aus gesehene linke Seite der Bahnhofstraße hinter der Kreuzung wurden weitgehend vom Publikumsverkehr abgeschnitten. Gewerbetreibende, Physiotherapeuten und Mitarbeiter von Sparkasse und Postfiliale wünschen sich die Zebrastreifen wieder her. Wie berichtet, steht der Senat dem sogar positiv gegenüber. »BB« sprach mit dem Karower Johannes Kraft (CDU), Sprecher für Mobilität und Verkehr im Abgeordnetenhaus.

Brauchen wir einen Zebrastreifen auf dem Hubertusdamm?

Johannes Kraft: Unbedingt. Schon wegen des hohen und weiterwachsenden Verkehrsaufkommens. Die sogenannte Querungshilfe sollte zwischen der Straße am Danewend und der Bahnhofstraße eingerichtet werden. Wenn möglich sollten die Popup-Zebrastreifen, die während der Baustelle da waren, verstetigt werden. Dazu haben wir bereits 2021 einen Antrag in der Pankower BVV gestellt, der dort auch am 1. 9. 2021 beschlossen wurde. Das Bezirksamt Pankow schreibt am 27. 10. 2021, es habe den Antrag zur Empfehlung an die zuständige Senatsverwaltung weitergeleitet. Dort ist er auch eingegangen. Nach der Öffnung der Brücke habe ich noch einmal mit den Kollegen sowohl auf Senats- als auch auf Bezirksebene gesprochen. Daraufhin sah sich die Senatsverwaltung in der AG Fußgängersicherheit vor einigen Wochen die Lage vor Ort an und erklärte, die Maßnahmen seien



FOTO: MAX HELLER

So leer ist es hier an der Bahnhofstraße/Ecke Hubertusdamm sehr selten. Nur in der Bahnhofstraße gibt es einen Fußgängerüberweg (L), im Hubertusdamm ist er dringend nötig.

sinnvoll. Im Augenblick bestellt das Bezirksamt Pankow bei der Senatsverwaltung offiziell den Fußgängerüberweg. Das Projekt kommt in den Maßnahmenkatalog, was bedeutet, dass es schneller geht. Eine Zustimmung gibt es also sowohl vom Bezirk als auch vom Senat. Geld ist auch da. Jetzt geht es um die Planungsleistungen.

Wohin sollte der Zebrastreifen konkret kommen?

Johannes Kraft: Ich halte es für sinnvoll, dass der neue Überweg möglichst nah am Bahnhof Karow eingerichtet wird, also da, wo der erste Popup-Zebrastreifen war. Das müssen aber die Verkehrsplaner entscheiden.

Das kann sich noch eine Weile hinziehen...

Johannes Kraft: Wir prüfen gleichzeitig, ob bis zur baulichen Fertigstellung des Fußgängerüberweges der temporäre Fußgängerüberweg wiederhergestellt werden kann. Die Einrichtung einer Popup-Querungshilfe dauert in der Regel so ein bis zwei Monate. Wir haben alles getan, was geht, und ich bin da permanent hinterher. Ich versuche, das zu beschleunigen.

Ist die Verkehrslage dort nicht auch für Rad- und Autofahrer gefährlich?

Johannes Kraft: Ja. Die Situation an der Kreuzung Hubertusdamm/Bahnhofstraße und unter der Eisenbahnbrücke Richtung Boenkestraße ist extrem unübersichtlich. Das betrifft auch den angelegten Fahrradweg, der irgendwo im Nichts endet. In den nächsten Tagen machen das Straßen- und Grünflächenamt und ich da eine Begehung, in der wir besprechen, wie wir die Lage verbessern können. Sinnvoll wären z. B. Markierungen, klare Beschilderungen, z. B. über die zulässige Höchstgeschwindigkeit, Hinweise auf Fußgängerüberwege und die Frage, was ist hier eigentlich Radweg. Das dürfte in den nächsten Monaten passieren.

Das Bahnhofsgebäude ist größtenteils weiter gesperrt, weil die Bauarbeiten die historische Beleuchtung zerstörten. Die Bahn will die »Errichtung einer neuen Beleuchtungsanlage« jetzt ebenso prüfen wie eine mögliche Nutzung des historischen Fahrkartenschalters. Haben Sie dazu neue Informationen?

Johannes Kraft: Dass das Gebäude wieder aufgemacht werden soll, wurde mir bestätigt, die Frage ist, wie so oft, wann. Ich stehe mit der Deutschen Bahn dazu in regelmäßigem Kontakt.

Das Gespräch führte Mathias Heller

FOTO: MATHIAS MONTAG